

Weihnachtsgeschenk: vorläufig versetzt

Die fünf SchülerInnen, die ein Erdkunde-Nachexamen am Escher "Jongelycée" nicht bestanden haben, dürfen nach den Weihnachtsferien vorläufig die "3e" besuchen. So hat die Schuldirektion in Absprache mit dem Unterrichtsministerium entschieden. Der Grund für die Kehrtwende: Das Verwaltungsgericht hat die Klage von Eltern, der Erdkundelehrer habe die Zensuren willkürlich verteilt, für zulässig erklärt. Da inzwischen Indizien für eine Fehlbenotung vorliegen - ein anderer Fachlehrer soll das Prüfungsergebnis bemängelt haben -, hat das Gericht das Prüfungsergebnis per einstweiliger Verfügung vorläufig außer Kraft gesetzt. So lange kein endgültiges Urteil in der Sache gefällt ist, sollen die betroffenen SchülerInnen deshalb den Unterricht besuchen dürfen, teilte die Schuldirektion mit. Das Unterrichtsministerium betonte gegenüber der woxx, der zur Überprüfung hinzu gezogene Fachlehrer sei nicht vom Ministerium beauftragt worden. Das Urteil vom Verwaltungsgericht wird in einigen Monaten und mit Spannung erwartet. Behörden ebenso wie Lehrergewerkschaftler zeigen sich besorgt darüber, die Schule bzw. die Nachprüfungsprozeduren könnten durch eine erfolgreiche Klage von Eltern aus dem Gleichgewicht geraten.

Mit der Entscheidung des Gerichts erscheint auch die Protestaktion einiger SchülerInnen im neuen Licht. Sie hatten sich in einer Schülerzeitung gegen die ihrer Meinung nach falsche Benotung gewehrt. Die einstweilige Beschlagnahme der Zeitung durch die Polizei sorgte für Empörung. SchülerInnen, Eltern und VertreterInnen der Presse sahen die Meinungsfreiheit gefährdet.

Hoher Beamter wegen Pädophilie-Verdacht suspendiert

Auf unbestimmte Zeit vom Dienst suspendiert wurde der des Besitzes kinderpornografischen Materials beschuldigte stellvertretende Chamber-Generalsekretär. Dies teilte die Abgeordnetenkammer am Mittwoch mit. Der hohe Beamte wurde am 21. Mai diesen Jahres festgenommen, nachdem man bei ihm auf mehreren Computern Kinderpornos gefunden hatte. Seit seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft gegen Kaution befindet er sich auf freiem Fuß.

Zahl der Arbeitslosen klettert weiter

Sie steigt und steigt und steigt. Gemeint ist die Arbeitslosenrate in Luxemburg. Im November waren es nach Angaben des Konjunkturkomitees bereits 4,1 Prozent. Die Zahl der Erwerbslosen kletterte auf 8.308, das ist rund ein Viertel mehr als ein Jahr zuvor. Dem gegenüber stehen 863 offene Stellen. Am meisten gesucht werden Büroangestellte, Arbeiter und Handwerker.

Chirac als Hüter des Laizismus

Jacques Chirac will das Kopftuch an französischen Schulen verbieten. Das sagte Frankreichs Präsident am Mittwoch in seiner Grundsatzrede zum Verhältnis von Staat und Kirche. Weltanschauliche Neutralität sei ein Grundpfeiler der laizistisch geprägten französischen Gesellschaft, erklärte Chirac und kündigte dazu ein Gesetz an, das im kommenden Schuljahr in Kraft treten soll. Der Staatschef folgt damit dem Vorschlag einer von ihm eingesetzten Expertenkommission. Die Empfehlung des Gremiums, jeweils einen jüdischen und muslimischen Feiertag aufzuwerten, lehnte er ab. Unauffällige Symbole wie das christliche Kreuz, der jüdische Davidstern oder die islamische Hand der Fatima sollen nach den Worten des Präsidenten toleriert werden. An der Verabschiedung des Gesetzes gibt es keine Zweifel, da Chiracs Regierung in beiden Parlamentskammern über klare Mehrheiten verfügt.

Nach offiziellen Angaben kamen zu Beginn des derzeitigen Schuljahres 1.256 Mädchen mit einem Kopftuch zur Schule. Das Innenministerium berichtet von 20 Streitfällen, sechs Mädchen wurden der Schule verwiesen.

Das "Europäische Jahr der Behinderten" geht zu Ende.

Was bleibt? Die woxx sprach mit Joël Delvaux, dem Präsidenten der OGBL-Sektion "Département des travailleurs handicapés".

(Foto: Christian Mosar)

**GLEICHSTELLUNG**

"Wenig Feedback von Politikern"

woxx: Herr Delvaux, zu Beginn des Jahres haben wir uns bereits einmal zu einem Gespräch getroffen. Nun ist das "Europäische Jahr der Behinderten" fast vorüber. Hat es den behinderten Menschen etwas gebracht?

Joël Delvaux: Es wäre falsch zu behaupten, dass sich viel verändert hat. Die einzige konkrete Änderung ist das Gesetz über das Einkommen der Behinderten, hauptsächlich im Bereich der "ateliers protégés". Das ist ein positiver Aspekt. Das Gesetz war allerdings schon lange vorbereitet und hat eigentlich nichts mit dem "Jahr der Behinderten" zu tun. Darüber hinaus wurde sehr viel über unterschiedliche Themen diskutiert, die mit Behinderung zu tun haben. Und die Bevölkerung hatte ein offenes Ohr, so zum Beispiel auf den Gebieten Tourismus und Transport. Man sprach mich oft darauf an. Das Interesse der Leute wurde jedenfalls geweckt.

Es gab zahlreiche Veranstaltungen und viele schöne Worte von den luxemburgischen Politikern. Alles nur Lippenbekenntnisse?

Bei solchen Veranstaltungen geht es doch vor allem darum, gesehen zu werden. Aber ein großes Interesse der Politiker konnte ich nicht feststellen. Es blieb größtenteils bei einzelnen Aktionen, wie zum Beispiel eine Reportagenreihe im Fernsehen über die Zugangsprobleme Behindertener in öffentlichen Gebäuden oder im öffentlichen Transport. Ein Feedback gab es aber nicht. Dabei wäre das die Gelegenheit gewesen, nicht zuletzt für das Transportministerium, etwas anzupacken, was das Recht der behinderten Menschen auf öffentlichen Transport angeht. Doch es geschieht meistens nur dann etwas, wenn der Druck groß genug ist. Sobald

man einmal nicht aufpasst, werden wieder die alten Fehler gemacht. So wurde beispielsweise beim Umbau des Bahnhofs in Mersch ein Lift vergessen. Das hätte der CFL eigentlich bewusst sein müssen.

Das von Ihnen bereits angesprochene Gesetz garantiert behinderten Arbeitnehmern unter anderem ein Mindesteinkommen. Reicht das aus?

Was mich schockierte, war zum Beispiel, dass bei einer Unterredung des "Conseil Supérieur des personnes handicapées" die Frau Ministerin (Marie-Josée Jacobs, die Red.) sagte, man müsse sich mit der Situation jetzt einfach zufrieden geben statt mehr zu wollen - so nach dem Motto: Das Gesetz müsste jetzt für einige Jahre reichen. Es kann aber nicht alles nur mit Geld gelöst werden. Außerdem handelt es sich ja nur um den Mindestlohn. Diejenigen, die zuvor in den Institutionen gearbeitet hatten, bekamen bereits einen Mindestlohn.

Also Augenwischerei?

Die große Änderung, die ich auch für einen Schritt in die richtige Richtung halte, ist die Anerkennung der Behinderten als Arbeitnehmer und Lohnempfänger. Von einer richtigen Gleichberechtigung kann aber erst dann gesprochen werden, wenn behinderte Menschen an allen Aktivitäten des alltäglichen Lebens voll teilnehmen können. Da ist dann zu hören: "Ihr bekommt ja jetzt Geld, dann könnt ihr auch die Leute bezahlen, die euch begleiten." Das geht aber mit dem Mindestlohn nicht auf, wenn man damit den Lebensunterhalt bestreiten muss. Wenn für jegliche Ausgabe, die rein durch die Behinderung entsteht, aufgenommen werden muss, führt das erneut zur Ausgrenzung.

Seit 1991 gibt es das Gesetz zur Integration von Behinder-

ten auf dem Arbeitsmarkt. Fünf Prozent der Arbeitsplätze sollen mit "Travailleurs handicapés" besetzt werden. Doch nicht einmal der Staat hält sich an diese Quote. Und die Forderungen nach Sanktionen und sogar nach zuverlässigen Statistiken stießen im Regierungslager auf Widerstand.

Es wurde zum Beispiel argumentiert, dass besonders kleinere Unternehmen dadurch in Engpässe geraten, wenn sie die Strafe bezahlen müssen. Man kann aber nicht auf der einen Seite ein Gesetz beschließen und auf der anderen behaupten, wenn das Gesetz umgesetzt werden soll: Dies und das können wir nicht. Was hat man sich dann überhaupt bei der Ausarbeitung des Gesetzes gedacht? Wenn der Wille zur Umsetzung nicht da ist, dann bringt ein Gesetz nichts. Darüber hinaus ist in dem neuen Gesetz die Rede von einer Mission der "ateliers protégés", die Integration der Behinderten mit Weiterbildung voranzutreiben. Die "ateliers" haben aber gar nicht die Mittel und das Personal dafür. Wenn sie dann eine Unterstützung vom Ministerium verlangen, dann heißt es: Ihr bekommt doch schon Geld, um die Löhne zu bezahlen.

Integration beginnt bereits mit der Einschulung. Wie beurteilen Sie die Eingliederung der Behinderten in der Schule?

Es muss darauf geachtet werden, dass man kein zu rigides Gesetz schafft. Italien und Spanien zum Beispiel haben sehr strenge Schulgesetze, die besagen, dass jedes Kind in die öffentlichen Schulen gehört. Das kann aber in einzelnen Fällen ziemlich viele Schwierigkeiten mit sich bringen. Hierzulande ist es gerade umgekehrt: Die Kin-

der mit Behinderung kommen sehr schnell heraus aus dem normalen Kreislauf. Die meisten sitzen dann in einer Spezialschule, obwohl sie in einer anderen auch Chancen hätten. Eine gewisse Regel müsste man gesetzlich festhalten, wobei jeder Fall für sich betrachtet werden sollte und Betroffene ein Mitspracherecht erhalten müssen. Auch dürfen die Eltern nicht aus dem Prozess ausgeschlossen werden. Und es hat sich gezeigt: Wer eine normale Schule besucht, kommt in der Regel zu viel besseren Ergebnissen als jemand in einer Education différenciée.

Ein Rahmengesetz wie das Gesetz zur Gleichstellung von behinderten Menschen in Deutschland gibt es in Luxemburg nicht. Was halten Sie davon?

Es wäre notwendig, dass man sich ernsthaft mit dieser Thematik auseinandersetzt, zusammen mit den Betroffenen. Ein Rahmengesetz ist ein Muss, denn man kann nicht die Belange der Behinderten aufteilen, indem man ein kleines Gesetz schafft und zwei Jahre wieder ein anderes.

Sie selbst lebten eine Zeit lang in der Schweiz. Von außen betrachtet: Wo steht Luxemburg im internationalen Vergleich?

Wir hatten bis jetzt Glück, dass es Luxemburg ökonomisch gut ging. Probleme, die sich im Ausland schon früher stellten, konnten mit dem Einsatz von Geldmitteln überdeckt werden. Nehmen wir das Beispiel Transport: Wenn meine Frau wo hin muss, dann rufen wir beim Familienministerium an und die informieren wiederum das Transportministerium, damit sie abgeholt wird. Das kostet alles viel Geld. Anders wäre es, wenn der öffentliche Transport von vornherein behindertengerechter wäre. In der Schweiz zum Beispiel ist fast jeder Bahnhof eigens dafür ausgestattet. Die Defizite werden hier kaschiert. Wenn es aber einmal wirtschaftlich schlechter läuft, dann gehören die behinderten Menschen zu den ersten, die davon betroffen sind.

Das Interview führte Stefan Kunzmann.